

In einem Sonderabdruck der „Preussischen Jahrbücher“ veröffentlicht Prinz Max von Baden eine in der Ersten dabiligen Kammer beschachtigte Rede. In dieser hatte er u. a. gesagt: Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gefahrt durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekampft aus Grunden der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so uberraschendes Eingestandnis deutscher Schwache zu begleiten. Weder das eigene Volk noch das feindliche Ausland schatzten unsere militairische Lage damals so ein, dah ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig ware. Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsatzen Wilsons deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Gegenstanden auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die militairischen Autoritaten erwiderten mir darauf, dah auf die Wirkung einer solchen Kundgebung nicht gewartet werden konnte. Die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgab, so muisse es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschlo ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unermiedlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen unbefetzten Regierung zu unterkuhlen. Nach einer Woche eroffneten mir die militairischen Autoritaten, dah sie sich in der Einschachung der Lage an der Front am 1. Oktober gefahrt hatten. Ueber die Frage der Abdankung des Kaisers sagte er: Ich habe es fur meine Pflicht gehalten, den Kaiser uber die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungsfrage dauernb zu orientieren. Nur ein freiwilliger Entschlu konnte nach meiner Meinung das Reich vor schweren Erkuhterungen bewahren. Man darf das Jggern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Entschlusse am Werk, die ihn davon ubergeugten, dah seine Abdankung das Signal zur Auflosung der Front gegeben hatte. Als ich nach den Kieeler Vorgangen die Gefahr des Burgerkrieges immer naberrucken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert nach und teilte ihm mit, dah ich nach am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wolle. Er versprach mir, das Seineige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuchs abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber uberrachten mir Herr Scheidemann und Herr Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu nergewaltigen, sondern zu ubergeugen. Aber, so fahrt Prinz Max fort, der Umsturz dah sich unumiderusslich vollzogen. In die Hande der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten und sie kann uns als Nation gefahren. Ich habe den Reichskansler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Ueberzeugungssache ist, dah Deutschland seinen internationalen Pflichten nur genugen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhalt. Die Regierung kann uns vor dem Burgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert und ihre erste nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage fur ihre That geben zu lassen. Umporierte Macht ertragt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die

Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Sudendorfs befreit, es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung abzuwarten müssten. Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen. Wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, dass ihr freiwillig Kräfte aus allen Lagern zufließen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Der frühere Kanzler sagte dann weiter, daß militärischer Widerstand unmöglich sei, daß aber moralischer Widerstand geleistet werden müsse. Der uns zugebotene Friede sei viel schlimmer, als der wirklich nicht nachahmenswerte Friede von Brest-Litowsk. Würden die Waffenstillstandsbedingungen bleiben, wie sie sind, so sei der Völkerverbund tot vor seiner Geburt. Kein Volk aber dürfe in Ketten an den Verhandlungstisch geführt werden. Der Prinz schließt mit den Worten eines Soldatenbriefes: „Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Krieg hervorgehe!“

Nationalökonomium. Entsprechend dem Beschluß der neuen preussischen Regierung, sämtliche zum preussischen Kronbesitz gehörigen Gebäuden Gegenstände mit Beschlag zu legen, tragen die königlichen Gebäude in Berlin, u. a. auch die Museen, seit Donnerstag vormittag rote Plakate, auf denen das Wort „Nationalökonomium“ steht.

Berlin. Entgegen dem verbreiteten Gerücht, daß das Linien-Schiff „Schlesien“ auf einer Fahrt nach den norwegischen Gewässern torpediert und gesunken sei, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß an diesem Gerücht kein wahrer Kern ist. Das Linien-Schiff „Schlesien“ ist am 14. November abends in Kiel eingelaufen und beabsichtigt, dort in die Werft zu gehen.

Berlin, 15. November. Seit einigen Tagen ist jegliche Verbindung mit Warschau unterbrochen.

Der Staatskommissar für die Demobilisierung hat das Verbot des linksrheinischen Gebietes und des 10 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheines verboten. Reisen sind nur gegen besonderen Ausweis gestattet. Der Ausweis wird nach Prüfung der Notwendigkeit von der Volksverwaltung und dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgestellt. Ausgenommen sind der Arbeiterverkehr auf Nachfahr- und Wochenkarten und der Berufsverkehr auf Zeisforten.

Wba Berlin, 15. November. Reichstagspräsident Brüning telegraphierte an das Kabinett: Gedacht die Reichsleitung gegen vielfach angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und event. Maßnahmen dagegen zu treffen? Das Kabinett erwiderte: Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institutionen des deutschen Kaiserthums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten.gez. Ebert, Haase.

Wba Berlin, 15. November. Die führenden Mitglieder, Hauptvorsitzende und Fraktionen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei einigten sich heute auf ein gemeinsames Borgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung und legten einen Auspruch ein, der das Programm für den Wahlkampf ausfüllt und die Grundlage zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen soll.

Wba Berlin, 15. November. Ein höchst bedauerlicher Unfall ereignete sich in der Nacht vom 14. zum 15. November. Ein offenbar geistig gestörter Gefangener erschien auf der Rastlosenwache und schob dort nach irren Reden mit einer Pistole plantos um sich. Es handelt sich um den Kapitänleutnant Dr. Schmidt, dessen Mitarbeit der Kommandant von Berlin, der Wba, bereits abgelehnt hatte, weil der Kapitänleutnant einen geistig gestörten Eindruck machte. Bei der Schießerei wurde ein Matrose und der Gefangener getötet.

Wba Berlin, 15. November. Der Rat der Volksbeauftragten ernannte in der heutigen Sitzung Professor Dr. Hugo Brecht zum Staatssekretär des Innern. Die Geschäfte des Reichsfiskusalamis führt Dr. Solf, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Berlin. Finanzminister Dr. Seldowitz teilte mit, daß die beiden ehemaligen königlichen Theater als Staatstheater übernommen werden sollen.

Prinz Eitel Friedrich. An den Einschlaf in Potsdam ist folgender Anschlag zu sehen: Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Volksregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich.

Wb Berlin, 16. November. Die aus Holland gemeldete Nachricht, daß sich im Gefolge des kaiserlichen Reichs General v. Holstmann befindet, ist nicht richtig. Die beiden Brüder von Falkenhayn sind als Anführer nach im Felde.

München. Die Nachricht des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht mit der Prinzessin Antoinette von Luxemburg, die im laufenden Monat heimreisen sollte, ist auf Mitte Januar verschoben worden.

München. Das Kaiserpaar ist über die österreichische Grenze auf holländischen Boden zurückgekehrt und weil jetzt in dem einsamen Santr Bartholomäus am Rönklasse. Die Königin übernahm die Aufregungen der letzten Zeit leblich gut.

Wb Linde Zuckervorfall. Es ist das Gerücht verbreitet, daß noch immer Lebensmittel, im besonderen Zucker, für Sprengstoffe verarbeitet werden. Dieses Gerücht ist nach Untersuchungen bei der zuständigen Stelle unrichtig. Das Sprengstoffamt hat auch die Zurüstung einzelner Betriebe von Zucker, der für solche Zwecke verwendet war, bereits angeordnet.

Wb Amsterdam, 16. November. Der „Telegraaf“ schreibt, er habe aus einer Quelle vernommen, daß die Entente sich auf den Standpunkt stellt, daß sie gegen die Einmischung Belgiens auf dem Gebiet der holländischen Inseln keine Belästigung erheben könne. Gegen die einmündigen Privatpersonen gewährt die Gerechtigkeit keine Rücksicht einzuwenden, da Holland und Deutschland befreundete Mächte seien.

Ein Handstreich des polnischen A. und S.-Rates.

Wb Berlin, 17. Dezember. Dem „Vorwärts“ wird aus Polen gemeldet: Seit gestern befindet sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz in polnischen Händen, und zwar geschah diese Umwälzung nicht durch den Einbruch der polnischen Regierungen von außen her, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet man Maßnahmen zum Schutz der deutschen und der jüdischen Bevölkerung.

Vereinbarungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.

Berlin, 15. November. Zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften der Arbeitnehmer sind, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, Vereinbarungen getroffen worden. Die für das fernere Zusammenarbeiten der großen wirtschaftlichen Organisationen von weittragender Bedeutung sind. Nach diesen Vereinbarungen werden die Gewerkschaften als berufliche Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen soll in Zukunft unzulässig sein. Wie das Blatt hört, wollen die Arbeitgeber die Werksvereine (die sogenannten wirtschaftlichen) fortan vollkommen selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen. Weitere Vereinbarungen beziehen sich auf die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer, die sofort nach Wiederkunft in die Arbeitsstelle einzurücken haben, die sie vor dem Kriege innehaben. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wollen dahin wirken, daß durch die Schaffung von Arbeitsstellen und Arbeitsaufträgen die Verpflegung durchgeföhrt werden kann. Der Arbeitsnachweis soll gemeinsam geregelt werden und eine paritätische Verwaltung bekommen. Die Arbeitsbedingungen sollen durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festgesetzt werden. Ebenfalls sind Arbeitsausschüsse und Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen, die ebenfalls paritätisch zusammengesetzt werden. Das Schlichtamt der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit soll in Zukunft acht Stunden betragen, ohne daß eine Verdienstminderung stattfindet. Diese Vereinbarungen sollen sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden gelten.

Waffenstillstand und Räumung.

Berlin, 14. November. In der gestern abend im Reichstagsgebäude abgehaltenen Delegiertenversammlung sämtlicher in Berlin anwesenden Soldatenräte hielt Ebert eine Ansprache, in der er nach dem „Vorwärts“ u. a. sagte:

Ich habe keine Sorge für die neue Regierung, denn sie darf in der Zeit für sich in Anspruch nehmen, daß sie getragen ist von dem Vertrauen der breiten Massen. Da haben wir nichts zu befürchten. Wir haben Nachrichten, daß die Truppen vorn an der Front geordnet in den Waffenstillstand gegangen sind. Anders ist es in der Etappe! Da hat sich vielfach eine Hast, schnell nach Hause zu kommen, geltend gemacht. Die Truppen sind zu kurz! Eine Anzahl Leute fürchten, nicht rechtzeitig aus dem zu räumenden Gebiet und der neutralen Zone herauszukommen. So ist gemeldet worden, daß bereits in Baden und Württemberg die zurückziehende Truppe eine große Gefahr für die innere Sicherheit des Landes bildet. Es sind Verhandlungen eingeleitet, daß uns schnellstens Lebensmittel aus Amerika zugeführt werden. Dazu brauchen wir Ruhe, Ordnung und Transportmittel. Alle Soldatenräte müssen sich in den Dienst der Organisation stellen, damit die Demobilisierung sich schnell und glatt abwickelt, und die Wirtschaftsverföhrung nicht zu Schaden kommt. Die Demokratie kann nur marschieren, wenn ihr Kopf unversehrt bleibt! Dann haben wir auch noch Aussicht, wenigstens einigermaßen günstige Friedensbedingungen durchzusetzen. Wenn der Gegner aber sieht, daß bei uns Anarchie herrscht, dann wird er uns Bedingungen diktieren, die das deutsche Wirtschaftsleben vollständig vernichten. Also auf zur gemeinsamen Arbeit für die Zukunft unseres Landes, unserer Frauen und Kinder!

Die Räumung auf beiden Rheinufeln.

Wb Berlin, 15. November. Die Räumung der besetzten Gebiete im Westen geht bisher, soweit es sich um den Admarck geschlossener Truppenteile handelt, planmäßig vor sich. Trotz großer Schwierigkeiten ist es bisher auch gelungen, ausreichende Verpflegung heranzuschaffen. Wenn der Nachschub aus der Heimat gesichert bleibt und nicht durch Bahnstörungen oder Bahnunterbrechungen gefährdet wird, wird sich der Admarck voraussichtlich auch weiterhin glatt abwickeln. Teile der im rückwärtigen Gebiet der Westfront untergeordneten Truppen haben, beunruhigt durch alarmierende Nachrichten unruhsamer Leute, die sich als Angehörige von heimatischen Arbeiter- und Soldatenräten ausgaben, tatsächlich aber d'esen völlig entgegengekommen, ihre Truppenteile verlassen und strömen der Heimat zu. Sie bilden für den geregelten Rückmarsch der Masse des Heeres und für die Versorgung des Heeres und der Heimat eine ernste Gefahr, die nur durch zielbewusstes und tatkräftiges Handeln der Heimatbehörden behoben werden kann. Die Räumung der besetzten Gebiete und des westlichen Rheinufers hat durch die Zusatzbestimmungen des Oberkommandos der Alliierten, die erst nach der Ausgabe unserer Vorhubschle befandt wurden, eine bedeutende Erschwerung erfahren, die einen geregelten Rückmarsch in der festgesetzten Frist stellenweise unmöglich macht. Die Oberste Heeresleitung ist beim Oberkommando der Alliierten ernstlich vorstellig geworden, bisher jedoch ohne Erfolg.

Auf dem Ostufer des Rheins werden die Alliierten die drei Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz mit je 30 Km. Durchmesser belegen. Der Brückenkopf von Köln umfaßt etwa die Linie Solingen-Barmen (auschl.)-Vindar (auschl.)-Neunkirchen-Geisungen. Der Brückenkopf von Koblenz umfaßt etwa die Linie Linz (auschl.)-Koblenz-Wallmerod-Diez-Kingelbach-Bornich. Der Brückenkopf von Mainz umfaßt etwa die Linie Borch (auschl.)-Pulverfaden (auschl.)-Mehlebach-Malsdorf (auschl.)-Oberursel (auschl.)-Steinbach-Frankfurt a. M. (auschl.)-Langen-Barmstadt (auschl.)-Friedstadt (auschl.)-Gernsheim (auschl.). Ferner ist seitens der Alliierten als neutrale Zone ein Gebiet bis 10 Km. östlich des Rheins und an den Brückenköpfen bis 10 Km. östlich der Brückenköpfe bestimmt worden. Die Räumung dieser Gebiete von unseren Truppen muß bis zum 13. Dezember mittags durchgeführt sein. Die Truppen der Alliierten werden jedesmal nach Ablauf der Frist in die geräumten Gebiete einrücken.

Die fast unersüßlichen Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin. Im „Vorwärts“ veröffentlicht der ehemalige deutsche Völkshofier in London Fürst Adamowicz einen Artikel, in dem er sich an seine persönlichen Freunde in London, in erster Linie an Lord Lansdowne, Oren und Asquith wendet und sie bittet, ihren Einfluß und ihr persönliches Ansehen für die hohen Ideale der Menschlichkeit und Gerechtigkeit in die Waagschale zu werfen. Es heißt dann weiter in dem Artikel: Die uns auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind von einem Geist beseelt, den man nicht anders als den der Rache bezeichnen kann. Da ihre gewöhnliche Durchführung Glend, Hungersnot, Anarchie und Chaos unmittelbar im Gefolge hätten. Keine Regierungsgewalt wäre imstande, die Folgen derartiger Zustände abzuwehren, ganz Europa die gesamte Kulturwelt vor der anstehenden Gefahr ordnungswidrlicher Tendenzen zu bewahren und die Ueberregung des russischen Bolschewismus, des größten und gefährlichsten Feindes der Demokratie und der Freiheit, auf alle übrigen Mitalieber der Staatsgesellschaft zu verhindern. In ihrem eigensten Interesse müßten unsere biederlichen Gelehrten, und an ihrer Spitze die große britische Nation, sich sagen, daß sie uns beistehen sollten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, statt es uns unmöglich zu machen, daß sie dem deutschen Volk, das in seiner überwiegenen Mehrheit den Krieg nicht gewollt und den aufrichtigen Wunsch hegt, als wertvolles Mitglied der Völkersfamilie den Weg der Versöhnung und friedlichen Arbeit zu betreten, die Grundlagen nicht entstehen dürfen, die erforderlich sind für den Wiederaufbau nach beispielloser Katastrophe. für die Errichtung eines neuen friedlichen demokratischen Staatswesens. Ich treue als deutscher Patriot und zugleich als Freund Englands zum britischen Volk, zu allen Engländern, die aus den Greueln dieses Krieges den Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit gerettet haben. Nicht an das Mitleid, an die Einsicht wende ich mich und hoffe, daß mein Ruf nicht ungehört bleibe.

Der Waffenstillstand.

Berlin. Die deutsche Waffenstillstandskommission veröffentlicht die Fortsetzung ihres Berichtes über die Verhandlungen im französischen Hauptquartier. Es wurde erreicht, daß Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in den linksrheinischen Gebieten unverändert, also deutsch bleiben. Ein weiteres Zugeständnis ist es, daß die Wiedereinrichtung der Räumungsfrist kein Grund zur Räumung sein soll. Auf die deutschen Verfassungen gegen die verlangte Befreiung der rechtsrheinischen Provinzen berief sich Marschall Foch immer wieder auf das Telegramm Reichmanns an den Völkshofier Baron Schöen von Ende Juli 1914, worin als Garantie der Neutralität Frankreichs die Befreiung von Toul, Epinal und Verdun gefordert worden war. Endlich bleibt es auch Deutschland vorbehalten, seine Kriegsschiffe anzumelden.

Die Heimkehr der Truppen. Zu Ehren der heimkehrenden Krieger prangen die deutschen Städte in reichem Flaggenschmuck. Die Krieger rücken in immer stärkeren Kolonnen an. Die Durchführung der Verpflegungsvorkehrungen ist in vollem Gange. In Köln werden außer anderen die men zur Unterstützung der Truppen 100 Schulen in Ansturm genommen. An den Zufahrtsstraßen werden städtische Verpflegungskationen errichtet. 600 Mann Bürgerwehr haben ihre Tätigkeit begonnen. Bisher wußte sich der Durchzug durch die rheinischen Großstädte in vollster Ordnung und Ruhe. Die Stimmung der Truppen ist gelöst und zufrieden. Von der belagerten Grenze wird gemeldet, daß die 6. Armee sich in vollster Ordnung auf dem Rückmarsch befindet. Sie wird am Mittwoch Herbstal erreichen. Die durch Holland durchmarschierenden Truppen müßten ihre Waffen zurücklassen. In den Militärlägen sind reichlich Lebensmittel vorhanden.

Front und Etappe. Von der Westfront ist zu berichten, daß die Divisionen der Front in bester Geschlossenheit und vollster Ordnung auf dem Rückwege sind. Unordnung herrscht nur in der Etappe, weil sich dort Truppenmassen ohne Befehl in Marsch gesetzt haben. Man hofft, daß es in Bildung begriffenen Korpsen gelingen werde, die Soldaten aufzuhalten, zu sammeln und mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte in geordneter Weise ihrer Heimat zuzuföhren.

Die Auflösung in der Etappe.

Berlin, 15. November. Der „Berl. Totalanzeiger“ meldet aus Bochum: Ein aus Belgien zurückgekehrter Postbeamter berichtet, daß Lebensmitteltransporte, die bereits verladen waren und nach der Heimat zur Versorgung der zurückkehrenden Truppen abrollen sollten, von Soldaten angehalten und zu Spottpreisen an die Belgier verkauft wurden. Ganze Speckseiten wurden für 2 Mark, Pferde für 5 Mark, Maschinengewehre mit Munition für 10 Mark veräußert. Aus den veräußerten Maschinengewehren sollen unsere Soldaten alsdann beschossen worden sein.

An die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete und der Umgebung von Köln, Koblenz und Mainz!

Amlich wird mitgeteilt: Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages bedeuten für die linksrheinischen Gebiete und die rechtsrheinischen Gebiete innerhalb eines 30-Kilometer-Halbmeßers um die Rheinbrücken von Köln, Koblenz und Mainz geschlagenen Kreises (sog. Brückenköpfe) folgendes:

1. Diese Gebiete sind durch die deutschen Armeen zu räumen. Das bedeutet nur, daß die unter den Waffen befindlichen Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden sollen, damit der deutschen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes die Möglichkeit genommen wird, das linksrheinische Land als Aufmarschgebiet zu benutzen. Die gesamte Zivilbevölkerung, auch die Wehrpflichtigen und Reservierten, können ungeföhrt auch bei der nachfolgenden feindlichen Befreiung des Landes an ihrem Wohnsitz bleiben. Im Verlauf der ordnungsmäßigen Demobilisierung werden auch die aus diesen Gebieten stammenden Angehörigen des Heeres und der Marine, so weit sie von der Demobilisierung getroffen werden, in die Heimat entlassen werden.

2. Der Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen wird eine Belegung mit feindlichen Garnisonen für die Dauer des Waffenstillstandes, aber nicht vor dem 1. Dezember, folgen. Der Feind hat sich das Recht vorbehalten, Requisitionen mit rechtmäßiger Abrechnung vorzunehmen, jedoch ist von den Bevollmächtigten der feindlichen Regierungen erklärt worden, daß diese Requisitionen das tatsächliche Bedürfnis der Befehlsgastuppen nicht überschreiten würden.

3. In allen geräumten Gebieten ist die Fortföhren von Einwohnern unterlag. Dem Eigentum der Einwohner darf keinen Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmahnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangehen, verfolgt werden. Keinerlei Festhaltung irgendwelcher Art darf ausgeföhrt werden. Die Depots von Lebensmitteln jeder Art für die Zivilbevölkerung, Vieh usw., müssen an Ort und Stelle belassen werden. Andererseits ist Deutschland verpflichtet, keinerlei allgemeine oder staatliche Mahnahmen zu treffen, noch besondere Befehle zu erteilen, die eine Entwertung der industriellen Unternehmungen oder eine Berringerung ihres Personals herbeiföhren sollen. Eisenbahn und sonstige Verkehrsmittel werden weiter arbeiten.

4. Der Zusammenhang der linksrheinischen Gebiete mit dem Deutschen Reich wird in keiner Weise angetastet. Der Feind macht lediglich Anspruch auf eine Gesamtkontrolle. Leben und Eigentum der Bevölkerung ist somit nicht gefährdet. Die Bevölkerung handelt richtig, wenn sie ihren Wohnsitz nicht verläßt und auch sonst keine unüberlegten Mahnahmen trifft, um eingebildeten Gefahren zu begegnen.

Die Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger, Graf Dorndorf, General v. Winterfeldt, Kapitän z. S. Banfelo.

Die Uebergabe der Kriegsschiffe.

Wb London, 16. November. Reuters erteilt: Der deutsche Kreuzer „Königsberg“, unter dem Befehl des Admirals Maurer, mit einer aus drei Marineoffizieren und vier Mitgliedern des Matrosen- und Soldatenrates bestehenden Kommission an Bord wird heute abend am Treffpunkt vor dem Firth of Forth mit dem britischen Oberkommandierenden, der von französischen und amerikanischen Schiffen begleitet sein wird, zusammenkommen, um die Einzelheiten über die Auslieferung der Ueberwasserfahrzeuge und der U-Boote zu vereinbaren. Wahrscheinlich werden die deutschen Schiffe nach einem vereinbarten Ort zusammengebracht und nach einer vorhergehenden Inspektion von der Kommissionsabteilung übernommen werden, die sie an den Platz der Bestimmung föhren wird. Die zehn auszuföhrenden Schiffe werden wahrscheinlich folgende sein: „Kaiser“, „Prinzregent Luipold“, „Kaiserin“, „König Albert“, „Kronprinz“, „Kronprinz Wilhelm“, „Großer Fürst“, „Bayern“, „Friedrich der Große“, „König“. Außerdem sechs Panzerkreuzer, nämlich: „Dersflinger“, „Hindenburg“, „von der Tarn“, „Seydlitz“, „Moltke“ und noch ein anderer. Unter den auszuföhrenden letzten Kreuzern werden sich „Brummer“ und „Breme“ befinden. Die seit Beginn des Waffenstillstandes in Schweden internierten deutschen U-Boote müssen den Alliierten übergeben werden. Außerdem wurden Vorkehrungen zur Uebernahme aller deutschen Schiffe im Schwarzen Meer getroffen.

Eine Erklärung der deutschen Obersten Heeresleitung.

Wb Berlin, 16. November. Die deutsche Oberste Heeresleitung erteilte auf die Erklärung des Marschalls Foch: „Die deutschen Bevollmächtigten betonten bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder auf das Entscheidende, daß die Ausführung der unehörlchen und technisch undurchföhrbaren Bedingungen Ausschreitungen unausweichlich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und auch in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. — Wegen die zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methoden seitens der alliierten Heeresleitung ihre wirksamen Mahnahmen zum Schutz der eigenen wie feindlichen Bevölkerung sowie für den Schutz und die Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. — Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in dem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt. Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach den hier eingetroffenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.“

Wb Berlin, 16. November. Das Telegramm an die Soldaten und Matrosen, worin zur Selbstzucht aufgeföhrt wurde, um eine geordnete Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und der Demobilisierung zu sichern, föhrt insofern zu Mißverständnissen, als teilweise die Befürchtung laut wurde, die Volksregierung wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wieder herstellen. Diese Befürchtung ist unbegründet. Es sei deshalb nochmals hervorzuheben, daß die jetzt angeordneten Mahnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt nicht bindend sind. Mit ihnen soll vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Heimat das regellose Zurückstufen der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung der planmäßigen Demobilisierung geföhrt werden. Ist bei der Marine eine genaue und rasche Durchführung nicht gewährleistet, so besteht die Gefahr, daß der Waffenstillstand in Frage gestellt, Helgoland, Kiel und Hamburg besetzt wird und wegen Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen die feindlichen Lande wieder aufgenommen werden. Das will gewiß niemand. Deshalb ist nach dem Aufbau der bisherigen Heeresorganisation bei der Demobilisation und Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen die Mitwirkung der Offiziere mit ihren technischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Lediglich diesem Zweck sollte die Mahnahme der Reichsregierung dienen. Dabei ging es von der bei fast allen Truppenteilen durchgeföhrteten Voraussetzung aus, daß die Offiziere im Einvernehmen mit den Soldatenräten handelten. Daran soll durch unsere Aufforderung nicht geändert werden. Die Pflicht der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verständiges Zusammenwirken das über unser Land hereingebrochene Unglück nach Möglichkeit zu lindern.

Die Ernährungsfrage.

Wb Berlin, 15. November. Die deutsche Regierung sandte eine Note nach Washington, worin mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Wilson gemäß ist die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in ähnlichem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß große Eile not tut und daß die Annahme der deutschen Waffenstillstandsbedingungen mit ihren Folgen bis Tage bei uns täglich unentbehrlicher mache. Die Gefahr anarchy

Zustände könne nur bei schneller Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit den deutschen Bevollmächtigten Einzelheiten zu beraten. Die Note regt an, daß die Angelegenheit möglichst in die bewährten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könnte.

Amerikanische Lieferungen.

Berlin, 15. November. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet: Wie an zutreffender Stelle mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über die Höhe der für Deutschland benötigten Lebensmittel auf Grund eines vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Verbrauchsplanes abgeschlossen. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden: 75 000 Tonnen Getreide, 150 000 Tonnen Fleisch und 230 000 Tonnen Getreide. Der Plan der Entente, für die Lebensmittellieferung der Mittelmächte und im übrigen der ganzen Welt deutsche Schiffe zu sperren, ist zur Zeit noch Gegenstand von Verhandlungen, da der Punkt der Waffenstillstandsbedingungen, der die Möglichkeit zuläßt, daß deutsche Schiffe auch weiterhin besperrt werden können, einem solchen Plane entgegensteht. Es ist in allerhöchster Zeit ein Schritt der deutschen Regierung zu erwarten, der um Aufhebung dieser Besperrung ersucht.

Scheidemann über die Hungerblockade.

Das Mitglied der Reichsleitung, Scheidemann, erklärte einem Vertreter der „Continental Times“:

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat am 11. November vor dem Kongreß erklärt, daß die Verbändemächte beabsichtigen, die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versehen. Das deutsche Volk anerkennt diese erste Friedensbedingung und hofft auf schnelle Erfüllung des Versprechens. Was wir dazu tun können, geschieht: ein Ausschuß wird sich unverzüglich mit amerikanischen Behörden im Haag abgeben, um eine Vereinbarung der von dem Präsidenten in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und vorläufige Sendungen in die Wege zu leiten. Aber heute, in der hoffentlich letzten Stunde unseres Krieges, das angesichts der vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen vielleicht nur durch ein neues, schlimmeres abgelöst wird, muß für immer vor aller Welt festgesetzt werden: noch nie ist ein Krieg grausamer und noch nie im Rahmen eines Krieges der Kampf gegen Leben und Gedeihen eines Volkes so unheimlich und nachhaltig geführt worden, wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat. Die Verluste sind selbst im Vergleich zu den blutigen Verlusten aller Kriege ungeschwächt. Was aber auf die Dauer an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Beobachtungen sehen, die bei unseren Müttern und Säuglingen gemacht wurden. 70 v. H. aller Schwangeren und Gebärenden sind unterernährt und kommen so geschwächt in die Welt, daß kein Elternteil vor ihnen sicher ist. Unterernährung und Blutarmut haben einen solchen Umfang angenommen, daß die Grippe nahezu 20 v. H. aller Schwangeren und Wöchnerinnen hinwegrafft. Die Kinder können von den Müttern nicht gestillt und mit dem elterlichen Milch auch nicht mit der Flasche ernährt werden, so daß wie sehr eine Sterblichkeit von mindestens 30 v. H. bei den ehelichen Kindern und 50 v. H. bei den unehelichen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland tatsächlich der schreckliche Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmeren Bevölkerung eine vollkommene, die schwersten Dürre fordernde Hungersnot haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Marke des Volkes weiter wühlt. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst umfassender Ernährungs- und damit Neubelebung der Arbeitskraft bedeuten.

Stroßburg. Französische Truppen rückten am Freitag in Mülhausen ein.

Die Franzosen in Elß-Lothringen. Nach Auskunft der maßgebenden Stellen wird den wehrfähigen Deutschen in Elß-Lothringen nichts geschehen.

Berlin. Das preussische Ministerium des Innern teilt mit: Alle Behörden bleiben auch bei feindlicher Besetzung an ihrem Dienstort.

Die Antwort Conings an Solf. Reuter meldet aus Washington: Coning antwortete auf die Note Solf, worin er auf einen raschen Friedensschluß drängt, daß Solf sein Ersuchen nicht allein an die Vereinigten Staaten, sondern an alle Alliierten richten müsse.

Basel, 16. November. Anlässlich der Reden Clemenceaus, Wilsons und Lord Cecil, die nach der „Berliner Nationalzeitung“ eine wahre Erquickung sind, nach all dem absehbaren Hoff, der so lange die Gemüter verdummte und verblödete, führt das genannte Blatt aus: Alles das sei nur möglich, weil die deutsche Revolution einen großen Teil des Welt Hasses gegen Deutschland fortgeschwemmt habe. Seit dem Sturz der Hohenzollern und der alten Militärpartei sei eine Möglichkeit gegeben, daß die Deutschen wieder mit der Welt leben und damit wieder hergestellt werden. Dieser Segen der Revolution würde sich jedoch nur flüchtig für Deutschland wenden, wenn die Diktatur der Militärpartei von der Diktatur des imperialistischen Kommunismus abgelöst würde. Die Gefahr sei groß gewesen, daß Deutschland verfluchte, zum Bannerträger des Bolschewismus zu werden, um dadurch nach russischem Muster sich von einem drückenden Frieden zu befreien. Wilson habe sehr deutlich auf jene Gefahr aufmerksam gemacht. Wenn man zahlreichen Meldungen glauben darf, habe sich in der deutschen Revolution eine sehr erfreuliche, beruhigende Wendung vollzogen. In Deutschland scheint die Revolution sehr rasch die gefährlichen Kinderkrankheiten überwunden zu haben. Das Bürgertum sei eben doch eine andere geistige und wirtschaftliche Kraft als das russische und Deutschland erkenne, daß es nur durch Frieden und Versöhnung zu erhalten vermöge, wenn es nicht durch den Bolschewismus die Weltordnung bedrohe. Bereits habe eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen stattgefunden. Man dürfe hoffen, daß das nur ein Anfang sei und daß die Entente begreife, daß ein verzweifelter Deutschland für sie eine ernste Gefahr darstelle. Gegen den Bolschewismus habe es nur eine Rettung, die im Frieden, im Völkerverbund, in der Freiheit, im gegen demokratischen Arbeit liege. Es sei daher notwendig, die erneuernden Kräfte zu vermehren. Es gelte, alle Hindernisse des Fortschritts und der höchsten Produktionssteigerung fortzudrücken, den Profiteuren zu verbürgerlichen und nicht den Bürger zu proletarisieren. Nur durch Schaffung neuer Werte könne ein bolschewistischer Rückfall in politische und wirtschaftliche Barbarei überwunden werden. Ruhe, Friede, Freiheit, Arbeit seien die Waffen, mit denen die jetzt so drohende Weltlosigkeit des Bolschewismus niedergeworfen ist.

Cetow-Vorbeds Kapitulation.

London, 17. November. Reuter. Der deutsche Oberbefehlshaber in Ost-Afrika, General v. Cetow-Vorbed, hat kapituliert.

Ein Telegramm aus London meldet noch, daß deutsche Truppen Cetow-Vorbeds in Ostafrika noch immer mit einer Truppenmacht von 1000 Eingeborenen und 300 Deutschen standhalten. Die Deutschen hätten keine Geschütze, aber viele Maschinengewehre.

Zeitungsschau.

Ausgabe eines Deutschenfreundes.

Der schwedische Weltbekannte und berühmte geographische Forscher Dr. Sven Hedin, der im Laufe des Weltkrieges schon wiederholt sein warmes Mitgefühl mit dem germanischen Bruder Volk der Deutschen offen bekundet hat, gibt in „Stockholms Dagblad“ vom 11. d. M. eine Würdigung des zurückgetretenen Kaisers Wilhelm und benutzt diesen Anlaß, um einleitungsweise eine Meinung über den Umschwung in Deutschland auszusprechen. Wir veröffentlichen die Ausführungen im Wortlaut, weil sie als eines bewährten Freundes der deutschen Sache aus ihrem Wert haben, wo sie Ausgangspunkt und Trauerweide der demokratischen Bewegung anders bewerten, als wir selber es tun. Dr. Hedin schreibt:

Unabhängig fragen wir: Wie ist es möglich, daß die stärkste Macht der Welt im Laufe einiger Monate mit katastrophaler Schnelligkeit hat herabgestürzt werden können von der Höhe des

Triumphes und Stieges in eine Niederlage, die an Ohnmacht grenzt? Ist Deutschland im Feld besiegt worden? Nein, in keiner Weise. Die Uebermacht ist gewiß erdrückend. Jedem Deutschen stehen siebzehn Mann aus allen Völkern der Welt in den Farben aller Rassen gegenüber. Die deutschen Heere haben vier Jahre hindurch gesteht und bilden noch heute eine ungebrochene, wenn auch sich zurückziehende Feuer- und Eisenmauer. Und gleichwohl hat die Niederlage, die tragische Katastrophe der Weltgeschichte, nämlich der Zusammenbruch des Germanentums, dieses stolze und starke Volk getroffen. Kein Stamm auf Erden, keine Nation unter den größten der Welt hat vermag, Deutschlands Kraft zu zerbrechen. Nicht einmal dieser Verband, der von vier Fünfteln der Menschheit gebildet wurde, war imstande, das mächtige Kal erdreich auf die Knie zu zwingen. Es gab nur eine Macht, die stark genug war, Deutschlands Widerstandskraft zu vernichten, und das war das deutsche Volk selbst. Darin liegt das Tragische in Deutschlands Geschick. Kein Gang umkreist den Sieg des Verbandes. Die amerikanischen, englischen, französischen, schwarzen und braunen Sturmkolonnen verfolgen einen Feind, der sich nicht schlagen will, einen Feind, der sich in sich selbst zerpalmt und von innen her erweicht. Die ununterbrochen fließende Verbandsrede von der Barbarei der Deutschen, die unausgesetzt verbreiteten Lügen über deren Grausamkeit, haben einen nach dem anderen neutralen Staat an die Seite des Verbandes geführt, und schließlich hat das Dogma eine solche Stärke genommen, daß die Deutschen selber glauben, daß sie Barbaren sind. Jetzt zerbricht man auf Befehl von Washington die Befestigung, die Deutschland unüberwindlich gemacht hat, jetzt den Feindherd ab. Der an Hindenburgs Seite mit unerschütterlicher Ruhe stehende kommt in den Genuß der Soldaten: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein, und dafür laßt man auf die Völkerei aus London und Paris, auf Lloyd George, Clemenceau und die demokratische Wind, der durch die Gegenwart bläst, verachtet keine Höhe: sein Ziel ist, alles zu nivellieren. Deshalb mußte Deutschland von seiner hohen Machtstellung niedergezwungen werden. Sein Sturz war des Weltkrieges Ende und eigentliches Ziel. Es ist nun erreicht. So glaubt man und schließt die Augen vor Großbritannien und Amerikas zu gewaltiger Höhe angewachsenen Welt Herrschaft. Man hat zur Zeit nur Unzeit von der Vernichtung des Militarismus geredet, gewiß nicht um seiner selbst willen, sondern nur, weil er Deutschlands Stärke ausmachte.

Rassauische Nachrichten.

Wiesbaden.

Rassauisches Landestheater. Nach dem bereits erwähnten Rücktritt des bisherigen Hoftheater-Intendanten v. Hugenbender, der sich alsbald in einer Ansprache von dem versammelten Personal verabschiedete, und Uebernahme der Leitung des Theaters durch Regisseur Regal, haben alle Abteilungen, wie darstellendes Personal, Orchester, Singchor, Balletttruppe usw., je zwei Delegierte in einen Ausschuss gewählt, der mit Herrn Regal die Verwaltung des Theaters führen soll. Zunächst geht der Betrieb in der bisherigen Weise weiter, doch sind die Zukunftsfragen, wie vornehmlich die, wer das Theater übernehmen wird, ob Staat, Stadt oder Privatverband, und wie sich die finanzielle Seite gestalten, insbesondere wer die vermutlich auch in Zukunft notwendigen Zuschüsse leisten wird, noch ungeklärt. Die Stadt brachte bisher schon für das Hoftheater jährlich als allgemeinen Zuschuß für Unterhaltung der Maschinen 58 716 Mark, an sonstigen Aufwendungen (Unterhaltungskosten) 24 792,20 Mark, für Verzinsung und Tilgung des Kautapitals (das Theatergebäude ist von der Stadt errichtet und deren Eigentum) 142 500 Mark, an Rückleistung für Feuerversicherung 23 000 Mark und desgleichen für Feueranlagen 3000 Mark, insgesamt 252 008,20 Mark auf. — Es wird uns geschrieben: Die ehemaligen Deutschen Hoftheater haben ohne Ausnahme aufgehört zu existieren. An ihre Stelle sind meist freie Künstlergemeinschaften getreten, die sich zunächst selbst regieren, bis ihre durch den Gang der Ereignisse veränderte Lage nach jeder Richtung hin geklärt und sicher gestellt ist. Das hiesige Opern- und Schauspielhaus hat nach dem Vorstoß des Arbeiter- und Soldatenrates den Namen „Rassauisches Landestheater“ erhalten. Seine Leitung wurde nach dem freien Willen und Befehl aller seiner Körperschaften einer gemäßigten Kommission übertragen, an deren Spitze der vom Arbeiter- und Soldatenrat ernannte und vom Personal einstimmig anerkannte Leiter aller laufenden Geschäfte Herr Regal steht. Er führt den offiziellen Titel „Intendant“. Die Kommission besteht aus den Herren: Haas und Kothler für die Oper, Herrmann und Gierth für das Schauspiel, den Herren Professor Bräuner und Weimer für das Orchester, Buschel und Wenzel für den Chor, den Damen Mandor und Becker für das Ballett, den Herren Stark und Krämer II. für das technische Personal und Bettung und Thiel für die Garderobe. Die Zusammenfassung des Personals besteht unverändert fort und die bekannte und bewährte Gemeinschaft des Regiekollegiums sowie des Reamtenkörpers, bürgt für eine geordnete und künstlerische Weiterführung des Gesamtbetriebes. Die Leitung macht es sich nach wie vor zur strengen Pflicht, den Ruf des Instituts aus in bewegter Zeit aufrecht zu erhalten und fortzuführen. Die Aufhebung der Zensur, die Selbständigkeit der Repertoirbildung und der Fortfall der durch den Krieg bedingten Repertoirschwierigkeiten werden dem Theater reiche neue Möglichkeiten bieten, die in vollstem Maße ausgenutzt werden sollen, sobald dies verwaltungsmäßig möglich ist. Es wird aber aus prinzipiellen Gründen ein für allemal davon abgesehen werden, den Spielplan Werken zu öffnen, die nur um der Tendenz willen da sind. Das Rassauische Landestheater gehört nach der Ueberzeugung aller bestimmenden Faktoren nicht einer Partei, sondern der Kunst.

Mc Reingefallen. Der Arbeiter Philipp R. aus Dohheim arbeitete zeitweilig auf einem Riechlicher Werk. Eines Tages veranlaßte er dort seine eigenen Schürhülle gegen ein Paar Militär-Schürhülle. Als er bald darauf erfuhr, daß die Stiefel gestohlen seien, reute ihn der Tausch. Er machte den Versuch, ihn rückgängig zu machen, und als ihm das nicht gelang, legte er sich eigenmächtig, indem er die Tür zu dem Zimmer des Anderen erbrach, wieder in den Besitz seiner Schürhülle. Die Straßmann sprach ihn zwar von der Anklage des schweren Diebstahls frei, eine Schürhülle aber sind zeitweilig verschwunden, und die Militärstiefel als Staatsgut sind beschlagnahmt.

Aus dem Rheingau. Im Laufe der letzten Nachmittage kam eine ganze Menge von deutschen Militär-Flugzeugen „Lauen“ und Doppeldecker — mit frohem Getöse und Getöse über unseren Bau dahergeflogen. Alle hatten den Kurs nach Osten und kamen von Westen, also von der bisherigen Kampffront. Augenblicklich hat dort der deutsche Flugzeugpark mit Beginn der offiziellen Waffenruhe alsbald demobilisiert gemacht und den Luftmarsch nach der Heimat angetreten, was bei Fliegern freilich um sehr vieles leichter und schneller gehen kann, als bei den anderen Fronttruppen. O, daß doch die ganze Räumung der bisher besetzten Gebiete nicht heimlich so einfach, schnell, sauber und reinlich abzuwickeln wäre, wie bei unseren kaiserlichen Allotterförmel!

Hochst. 15. November. Für den Umfang des Kreises höchst verbot der U. S. R. jealöse Hausknechtungen, nur Reichsleistungen sind gestattet. Die Maßnahme soll der Bekämpfung des Schleicherhandels mit Fleisch und der Schwarzschlachtungen dienen.

Frankfurt. Wegen unbedeutender Tragens von Uniform wurden durch Beauftragte des Soldatenrates in einem Wirtshaus zwei junge Leute verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Wien, 15. November. In der heutigen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins wurde die alsbaldige Einberufung einer konstituierenden Reichsversammlung gefordert und alle Revolutionen aufzusuchen, trotz Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot alle ihre Kräfte für die Befestigung und den Ausbau der deutschen sozialen Einheitsrepublik einzusetzen.

Nachdem Frankfurt als neutrale Zone bestimmt worden ist, müssen alle hier in Garnison liegenden Soldaten herausgezogen werden, und zwar bis zum 1. Dezember. Sie werden in ostwärts angrenzenden Gebieten untergebracht. Vermögensträger ebenso wie Paraverteilung der Mannschaften, die entlassen sind, alsbald ob sie sich nach in militärischem Alter befinden, bleiben in Frankfurt. Der Sinn der Bestimmungen ist schließlich der, irgendwelchen Kämpfen vorbeugen. Die Demobilisierungsarbeiten erfahren keinerlei Störung und können ruhig ihren Fortgang nehmen. Sol-

daten, die entgegengelehrt der Verfügungen handeln, laufen Gefahr, interniert zu werden. Als Infolge der Umwälzung hierher gekommenen Mannschaften, die Frankfurter sind, werden ersucht, sich an das Generalkommando zu wenden. Jeder Soldat, dessen Erfahrungsbildung augenblicklich noch erreichbar ist, hat sich dort zur Klärung seiner Verordnungen drücken zu melden.

Das Nachrichtenamt des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Laut Mitteilung der Verbände zu Langenscheidt und Degg sind in beiden Orten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gebildet worden, die sich über den ganzen Untergrundkreis beim Unterlabkreis erstrecken. Der Landrat Wetterburg meldet, daß, wo solche noch nicht bestehen, in sämtlichen Gemeinden Wahlen gebildet werden.

Frankfurt. Hier hat sich ein Bürger- und Arbeitererrat gebildet. Die Mitglieder des Bürgerrats hatten ihre Mitarbeit von der Bedingung abhängig gemacht, daß die rote Fahne vom Rathaus verschwindet.

Vom Untermain. Die ungezählten Scharen polnischer und belgischer Arbeiter und Arbeiterinnen, die seit 1916 in den chemischen Fabriken Mainkur, Griesheim und Höchst beschäftigt waren, wurden dieser Tage in zahlreichen Sonderzügen in die Heimat abgeschoben.

Oberlahnkreis. Am Donnerstag stürzte ein von der Front kommendes Flugzeug auf der „Oberrhein“ ab. Die drei Insassen sind tot.

Die. Das Rabattenhaus Drankstein wurde am 10. November aufgelöst. Die vorhandenen Anlagen sollen zu einem Kruppelheim verwendet werden.

Die. Auf der Grube Holzappel riß in einem Rebenschacht das Seil des Förderkorbes. Die vier Insassen des Korbes stürzten aus erheblicher Höhe in die Tiefe und waren sofort tot. Unter den Toten befinden sich zwei Brüder aus Witten, die beiden anderen stammen aus Dies bzw. Waldmühlstein.

Mainz. Da die Viehherdverhältnisse für die Stadt Mainz sich zur Zeit etwas günstiger gestaltet haben, kann hier die stiefellose Woche vom 18. bis 24. November in Wegfall kommen.

Mainz, 15. November. Die Kirchen als Soldatenquartiere. Auf Veranlassung der Behörde wurden heute auch mehrere hiesige Kirchen ausgeräumt, um als Quartiere für durchziehende Truppen Verwendung zu finden.

Mainz. Stocholmer Meldungen aus Paris besagen, daß die Befehle von Köln, Koblenz und Mainz am 12. Dezember erfolgen wird.

Mainz. Landtagsabgeordneter Adelung wurde von den Stadtverordneten einstimmig zum Beigeordneten gewählt.

Mainz. Eine große Versteigerung österreichischer Pferde wurde in der hiesigen Dragonerkaserne abgehalten. Es kamen rund 400 Tiere, meist ungarischen oder russischen Schlages zum Ausgebot. Die gezahlten Preise schwankten zwischen dem Mindestgebot von 100 Mark bis zum erzielten Höchstpreis von 900 Mark. Die Gesamteinnahme dürfte sich auf nahezu 150 000 Mark belaufen.

Mainz, 17. November. An Erworben der zurückstehenden Heeresmassen. Die weitgehendsten Vorbereitungen zur Aufnahme und Einquartierung der großen Heeresmassen, die in nächster Zeit unsere Stadt durchziehen werden, sind hier jetzt in unsichtbarer Weise getroffen. Die Schulhäuser und Kirchen sind überall geräumt und zur Aufnahme der Krieger zweckmäßig ausstattet. In aller Eile wurden viele Tausende von Strohsäcken gefüllt und in den neu geschaffenen Quartieren aufgelegt. Auf den Einquartierungs- und Verpflegungsbüros wird mit Fleiß gearbeitet. Die Truppen der Armee Gollwitz treffen immer zahlreicher hier ein. Soldaten zu Fuß, Kavallerie, Artillerie, Infanterie, schwere Maschinen-gemeinde und leichtere Geschütze in geschlossenen Batterien treffen bereits als Vorboten der nahenden Hauptarmee in bester Ordnung hier ein. Die Militärzüge sind über und über voll gepackt mit verpackten Mannschaften. Heute früh konnte man auf einem Auge die Soldaten eng aneinander gereiht auf den Trittbrettern stehen und zu Dugenden auf den flachen Dächern der Waggon sitzen sehen. Diese Unvorsichtigkeit hat leider schon zahlreiche tödliche Unglücksfälle zur Folge gehabt.

Gretheim bei Dornheim. Auf dem Fluggelände des Truppenübungsplatzes wurden durch die umherfliegenden Stöße eines eplobierten Flugzeugs vier Knaben getötet.

Morms. Im angebotenen Auftrag des Berliner A. und S. M. ließen sich fünf bewaffnete Soldaten unter schweren Androhungen wider das Leben des Bürgermeisters aus der Gemeindefestung in Nachtzeit 1000 Mark auszahlen und verließen mit dem Raub. Auch in anderen Orten Rheinhessens soll das Raubvergehen geschehen sein.

Einer Mutter Liebe.

Roman von Prof. Schab-Hachle.

(12. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Auf der Schwelle der Wohnung, das Kind an der Hand, empfing sie die Helmkehrenden.

Erich sah in der Tat vorzüglich aus, er schien wieder jung geworden zu sein, und auch Christine hatte sich gut erholt. Mit wirklich herzlich Freude hatte Erich Lisa umarmt und hob nun seinen Jungen zu sich empor, indes Christines graue Augen nach der ersten Begrüßung spähend in die Ecken gingen, als erwarte sie dort etwas Besonderes zu sehen. Wie sie aber alles in Ordnung fand, erging sie sich in einem Vorwärtsschritt über den Boden. Wie sie die arme Lisa bedauerte, daß diese sich so lange ganz allein hatte quälen müssen. Aber nun sei sie wieder da, um ihr alle Arbeit und Unbequemlichkeit abzunehmen, erklärte sie in ununterbrochenem Redestrom.

Unwillkürlich aufte Lisa zusammen. Sie wußte, was das bedeutete, aber Christine sollte nicht den Triumph erleben, sie gestürzt zu sehen. Sie behielt ihre ruhige, heitere Miene bei und sprach mit Erich, der ihre Hand immer noch in der seinen hielt.

Voll Unruhe beobachtete Christine, wie einig das junge Ehepaar zu sein schien.

So viel Liebe sich Christine aber auch gab, irgend etwas zu entdecken, was ihr zu einer ihrer gewohnten sanften Besorgten Gelegenheiten gegeben hätte, es wollte ihr nicht gelingen.

Da fiel ihr Blick auf Hanschen, der nun, doch etwas eingeschlächtert durch die Gegenwart des ihm fremd gewordenen Vaters und der Tante, still auf seinem Stuhle saß. Ausnahmsweise sollte er heute mit den Großen am Tische speisen. Er war ruhig und hielt sich dicht an Lissas Seite. Jetzt erst konnte man so recht erkennen, wie sehr er der Mutter ähnelt. Das waren die gleichen offenen, braunen Augen, das gleiche braunrötliche Haar und die feine, schmale Stirn. Nur am Mund und Kinn lag eine gewisse Zerknirschtheit mit dem Vater. Offenbar aber war Hanschen heute schon ein kleiner Egoist, der durch energisches Japsen am Kleide der Mutter ihre Aufmerksamkeit immer wieder auf sich allein zu lenken suchte.

Das alles beobachtete Christine und sah auch, wie des Kindes Augen verlangend an der Tante hingen. Mit dieser suchte sie den kleinen Burschen nun an sich zu locken; sie nahm ein silbernes Teller auf einen Teller und hielt es Hanschen hin. Zugleich suchte sie ihn von seinem Stuhl herunter und auf ihrem Schoß zu ziehen. Damit aber kam sie schlecht an. Hanschen kümmerte sich mit aller Kraft an Lisa fest und sein Gesicht wendete sich zum Weimar.

Lisa, die eifrig mit Erich gesprochen hatte, wendete sich um. Sel ortig, Hanschen, geh zur Tante, sagte sie mahnend.

Hanschen aber schien nicht gewillt, ihren Worten Folge zu leisten, er begann erst leise, dann lauter zu weinen, so daß Erich sich nervös mit beiden Händen nach den Schläfen fuhr.

Sofort stand Lisa auf und führte den Kleinen hinaus. Im Kinderzimmer übergab sie ihn seiner Wärterin, dann kam sie ruhig zurück.

Du mußt entschuldigen, Christine, Hanschen kennt dich nicht mehr, und er ist nicht viel mit anderen Menschen zusammengekommen und daher scheu.

Aber ich bitte dich, das ist ja nicht der Rede wert. Wir werden schon wieder gute Freunde werden, Hanschen und ich.

Damit schien die Sache abgetan und Frieden und Eintracht im Hause gesichert.

Als Lisa sich am anderen Morgen überreut hatte, daß Christine bereits mit der Tante wegen des Militärgeheimnisses beraten hatte, und sah, wie sie den Rest des Frühstückes prägte, ging die junge Frau in ihr Zimmer zurück, so, als sei das ganz selbstverständlich.

Nur eins erschien Lisa sonderbar, wenngleich es sie wenig beunruhigte; seit Christine zurück war, kletterte sie sich auffallend viel um Hanschen, dessen Freundschaft sie durch kleine Geschenke zu gewinnen suchte. Das Kind aber war unbestechlich und alle Versuche scheiterten an seinem Eigensinn und seiner Abneigung, so daß Christine zuversichtlich, bald die Freundschaft des Kleinen völlig zu gewinnen, scheiterte. Fast hätte Lisa dabei ein wenig Schadenfreude. An sich aber legte sie auf die ganze Sache keinen besonderen Wert.

Desto empfindlicher war Christine. Sie bildete sich fest ein, Lisa hegte das Kind gegen sie auf, und es dauerte nicht lange, so begann sie Erich in den Ohren zu liegen, es sei nicht richtig, daß er Lisa so ganz die Erziehung des Kindes überlasse. Schließlich sei es doch auch sein Sohn, der ihm so völlig entfremdet würde.

Im Anfang fand sie bei dem Vetter nur wenig Gehör. Erich hatte die ersten paar Wochen sich häufig mit seinem Söhnchen beschäftigt. Das drohlige Wesen des kleinen Burschen, seine kindlichen Fragen hatten ihm Spaß gemacht. Das war aber nur so lange, wie seine Nerven der aufreizenden Tätigkeit im Amt standhielten. Bald begann er wieder mühsam und nörpelig zu werden, und das war dann die Zeit, wo Christines Belzen blühte. Sie konnte Erich genau. Sie wußte, wenn er einsammelten auch noch so wenig Wert auf ihre Anspielungen und Bemerkungen legte, dieselben wirkten doch in ihm nach. Sie war ständig auf der Suche nach einer Gelegenheit, die ihm klar machen sollte, wie wenig Lisa das Kind zu erziehen imstande sei.

Eines Tages fand sie denn auch die heißersehnte Gelegenheit, aufs neue gegen die junge Frau zu intrigieren. Lisa war in die Stadt gefahren, um dort einige Besorgungen zu erledigen, des rauhen Vatters halber aber hatte sie Hanschen unter der Obhut seiner erprobten Wärterin zu Hause gelassen.

Schon daß er Lisa nicht zu Hause traf, als er früher wie gewöhnlich in äußerst schlechter Stimmung aus dem Dienste kam, hatte Erich gedregert. Christine aber verstand es, ihn bald in eine behagliche Stimmung zu versetzen. Sie ließ ihm in seinem Zimmer gegenüber, hatte ihm den Kaffee und die Zigarren bereit gestellt und schenkte ihm die Sorge um sein Wohl völlig aufzugeben.

Wenn es dir recht ist, hole ich Hanschen ein wenig zu uns herüber. Er ist mit der Wärterin allein und — ich weiß nicht, ich habe es doch nicht für das Richtige, das Kind bezahlten Personen zu überlassen. Wie leicht könnte es etwas Schlechtes lernen! Und dann, da Erich mühsam schwieg: Lisa geht jetzt überhaupt häufig allein aus. Gott ja, solch junge Frau will ja schließlich auch ihre Zerstreuung haben, aber den Kleinen sollte sie doch nicht so viel allein lassen.

Ein wohlwollender Tadel lag in Worten und doch wußte Christine genau, daß sie die Unwahrheit sprach. Lisa war nicht allein, wenn sie nicht mit ihrem Manne in Gesellschaft ging, oder hin und wieder ein Theater oder Konzert mit ihm besuchte.

Dann will ich Hanschen nur leih' holen, sagte sie nach einigen Augenblicken, Erichs Schweigen für Zustimmung nehmend.

Schon nach kurzer Zeit kam sie zurück und zerrte das widerstrebende Kind hinter sich her. Hanschen hatte mit seiner „Dada“, wie er seine Wärterin immer noch nannte, so schön mit dem Baustein gespielt, und da war Tante Christine gekommen, hatte ihn ohne Umstände vom Boden emporgehoben und mit sich geschleppt. Das empörte den Kleinen derart, daß er sich zunächst energisch zur Wehr setzte, und als er sah, daß er damit nicht den geringsten Erfolg erzielte, aus Leibeskräften zu schreien anfangte.

Mit gerungelter Stirn und ängstlichem Gesichtsausdruck sah der Landgerichtsrat seinem Söhnchen entgegen, das beim Anblick des erlärten Vaters erschrocken schrie, sich aber keineswegs zugänglich oder nachgiebig zeigte. Als Christine das Kind auf eine Fußbank niederlegen wollte, machte es sich steif und erklärte: Hanschen will zu Dada, mit Dada spielen, Hanschen will nicht bei Tante bleiben.

Christine hatte ein Stückchen Schokolade aus dem Nebenzimmer geholt, um den Kleinen damit zu verführen. Obgleich aber das Kindes Kauen verlangend auf den Vorkäse sah, gab sein Trotzgefühl es doch nicht zu, sich zu fügen. Er hatte die roten Lippen fest aufeinandergepresst und hielt die Hände trampfhaft in der Tasche seiner Spielschürze, als fürchte er, dieselben möchten gegen seinen Willen nach dem versüßten Gebäck vor ihm auf- und niederliegenden Stückchen Schokolade greifen.

So lange hatte Erich sich mit seinem Wort eingemischt, nun aber fuhr er Christine zornig an: Was sind denn das für Sachen! Der Junge hat ohne Schokolade zu gehören.

Bestürzt sah Christine den Vetter an, aber sogleich wußte sie auch seinen Kerger wieder zu ihrem Vorteil zu benutzen.

Ich dachte nur, weil Lisa ihn immer auf diese Weise beruhigt, flüsternte sie.

Augenblicklich seht Du dich hin, sonst — — donnerte Erich, die erhobene Hand gegen Hanschen gerichtet, der dieser Bewegung einen Moment mit entsetzten Augen folgte und dann in ein furchtbares Sammergeschrei ausbrach.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Barmen. Der ehemalige Generaldirektor Weis der Rheinischer Mannesmann-Werke befindet sich auch unter denjenigen, deren Entlassung aus dem Oberfelder Gefängnis durch Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates veranlaßt worden ist. Er ist bekanntlich im August von der Strafkammer wegen großer Steuerhinterziehungen zu 6 Monaten Gefängnis u. 1½ Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden und sah wegen angeblicher großer Bestechungen in Untersuchungshaft. Der A. und S.-Rat wird mit allen Mitteln versuchen, des Mannes wieder habhaft zu werden. — Auch einer wegen Gattungsmissbrauch verhafteten gewissen Frau war vernehmlich die Freiheit geschenkt worden, sie ist aber inzwischen wieder verhaftet worden.

Köln. Der Zahnkünstler Till, der seinerzeit bei dem Kaiserfettendiebstahl als Helfer mitgewirkt hat, hatte mit einem anderen Manne namens Kahn den 23jährigen Sohn eines hiesigen Brauereiarbeiters wegen angeblicher Bedrohung festgenommen, indem er sich als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates ausgab. Im Gefängnis gab ihm Till zu verstehen, daß er jetzt erschossen würde. Als dieser sah, seine Äußerungen nicht zu nützen, befahl Till: „Ach was, Kahn, Du erhältst den Befehl, den zu erschießen“, und Kahn erschoss den Mann, den man an die Wand gestellt hatte. Die beiden Täter sind festgenommen und im Klingelpütz untergebracht, wo sie ihrer Bestrafung entgegensehen.

Ein schweres Eisenbahnunglück in Cass. Das Nachrichtenbureau des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln teilt mit: Die aus dem Westen kommenden Truppentransporte werden von den Soldaten derart bedrängt und bedrückt, daß bei der Fortdauer des Zustandes schwere Unglücksfälle unvermeidlich sind. Die Soldaten lagern sich auf den Bahnhöfen, besetzen die Tender und Lokomotiven und hindern so die Tätigkeit des Zugpersonals. Gestern wurden bei Cass eine Anzahl Soldaten von den Wagonführern abgestreift. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

An unser Heer.

Und was noch kommen mag, da Mut und Muth
Und Nachsicht maßlos wider uns nun walten —
Ihr, die ihr jeßmal eure Pflicht getan,
Habt unsre Fahne blank und rein gehalten!

Wenn sie euch höhnen in berauschem Stolz,
Wenn feige Schmachthucht auf euch schilt und wettert —
Wir wissen: war der Feind aus eurem Holz,
Er hält' uns vor drei Jahren schon geschmettert!

Herbeigeholt vom ganzen Ederbund,

Schwoß seine Schar zu unabwehrer Masse.

Er war mit Meißel und Verrat im Bund

Und ward mit Lügen alle Welt zum Haß —

Und hatte jeden auf der Welt im Sold,

Der Waffen schiedenen kann zum Blutvergießen;

Und hatte Verrat im Ueberflut und Gold,

Und Raum, uns von der Menschheit abzuschleiten!

Doch ihr bestandet all die Uebermacht,

In hundert Schlachten habt ihr sie bezwungen.

Jagt ruhmgekrönt auch aus verlorenen Schlachten.

In der ihr — Einer gegen Drei — gerungen!

Wenn einst erräthert wiederum die Welt

Zurück auf die Zeit voll Blut und Leiden,

Mag sie die Frage: wer der größte Held

In diesem Riesenkampfe war, entscheiden!

Fiel auch in Scherben Deutschlands Blut und Glanz,

Euch wird die Nachwelt nicht den Lorbeer wehren,

Und lehrt ihr auch nicht heim im Siegherz —

Kein Sieger noch war würdig gleicher Ehren!

Buntes Allerlei.

Kreuznach. Täglich 130 000 Soldaten kommen mit der Bahn durch Kreuznach und müssen hier zum Teil verpflegt werden. Der Rationale Frauendienst richtet Küchen ein, in denen hundert Frauen tätig sein werden. Außer diesen Bahntransporten werden zahlreiche andere Truppenformationen auf achtzig Heerströmen in Rorsch geleitet.

Köln. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat bestimmt, daß auf Kartenschieds und Zahlungssammlungen des Postbeamten an Privatpersonen nicht mehr als 500 Mark ausgezahlt werden dürfen.

Das Explosionsunglück bei Köln. Laut „Rhein. Zig.“ hat ein Explosionsunglück in Köln-Nord 200 Todesopfer gefordert. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt geworden.

Ab Mannheim, 16. November. Es herrschen Ordnung und Ruhe bei guten Lebensmittelpreisen. Von der Front sind bisher große Truppenmassen, circa 100 000 Mann, hier eingetroffen, die nach guter Verpflegung weitergeleitet werden.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Bierich.

* **Starke Verkehrseinschränkungen.** Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, wird von Samstag ab zur glatten Durchführung der Demobilisierung der Schnellzugverkehre völlig eingestellt werden. Ueber den Umfang der Aufrechterhaltung des Personenzugverkehrs ist bis zur Stunde noch nichts bestimmtes festgesetzt, doch werden voraussichtlich auch im Personenzugverkehr einschneidende Einschränkungen zu erwarten sein. In gut unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß auch der Personenzugverkehr auf einzelnen Strecken bis auf weiteres eingestellt wird. Im Güterverkehr werden ebenfalls Einschränkungen notwendig werden. Da auch die Beförderung der Briefpost eng mit dem Personenzugverkehr zusammenhängt, so muß auch bei der Briefpostbeförderung mit Verzögerungen gerechnet werden.

* Gegenüber verschiedenen Anfragen kann festgestellt werden, daß in den linksrheinischen Gebieten, die der Feind besetzt wird, wie in der rechtsrheinischen neutralen Zone der Post- und Telegraphenverkehr innerhalb dieser Gebiete sowie mit dem Reichsangehörigen aufrechterhalten bleibt.

* Der Staatssekretär des Reichspostamts Adelin hat sämtliche Oberpostdirektionen mitgeteilt, daß er vorläufig mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden sei und hat die Beamten seines Ressorts, sowie das gesamte Personal dringend ersucht, zum Wohl des Vaterlandes unter Aufrechterhaltung der Ordnung ihren Dienst wie bisher zu versehen. Sie sollten alles daransetzen, den Post-, Telegraphen- und Fernspreverkehr in der früheren Weise glatt zu erledigen.

* **Entlassung der Kriegsgefangenen im 18. N. R.** Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager Frankfurt a. M. macht bekannt, daß nach Verfügung des Kriegsministeriums mit Wirkung vom 1. Nov. 1918 ab alle Kriegsgefangenen auf Arbeitsstellen mit der Lösung der freien deutschen Arbeiter abzüglich Verpflegung und Unterkunftskosten zu entlassen sind. Bis einschl. 10. November 1918 bleiben die mit der Inspektion vertraglich getroffenen Vereinbarungen bezüglich Entlassung usw. in Kraft. Die Arbeitgeber rechnen bis zu diesem Tage mit der Inspektion ab.

* **Fortfall der fleischlosen Wochen.** Für die am 18. November beginnende Woche kann die Aufbringung und Heranschaffung von Vieh und Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in der Wege geleitet werden. Es muß daher dabei bleiben, daß die Woche vom 18. bis 24. November fleischlos ist. Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein. Die für Dezember 1918 und Januar 1919 in Aussicht genommenen fleischlosen Wochen werden in Wegfall kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende Demobilisierung die nötigen Fleischmengen für die versorgungsberechtigte Bevölkerung frei werden.

* **Keine Textilrohstoffnot.** Trotz der viereinhalbjährigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Bekleidungsstoffen zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien und die Konfektionswerkstätten zurücklegen, sodas die fertige Ware naturgemäß erst allmählich in die Hände der Verbraucher kommen kann. Voraussetzung für das Gelingen der Versorgung ist selbstverständlich die ungehinderte Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im ganzen Lande und das ungehinderte Weiterarbeiten der Reichsbekleidungsstelle und aller Organisationen, die schon bisher mit der Erledigung der Bekleidungsregelung betraut waren.

* **Ab Das Demobilisierungsamt und der Reichskohlenkommissar** geben bekannt, daß der Rückstrom des Heeres die Eisenbahnen so stark beansprucht, daß der Kohlenverkehr der westlichen Ratiere für kurze Zeit notgedrungen sehr stark sinken muß. Die Eisenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und andere der Hausbrand müssen bevorzugt werden. Die Gesamtindustrie muß mit ungewöhnlich starken Ausfällen und zeitweiliger Unterbrechung der Kohlenlieferung rechnen. Die vorhandenen Kohlenvorräte müssen aufs äußerste gestreckt werden. Nichtsahnur für die Betriebsleitungen muß sein, bei knapper oder auch bei zeitweiliger ausbleibender Zufuhr ihre Arbeiter weiter zu beschäftigen. Arbeiterentlassungen dürfen aus dieser Verschärfung der Kohlenlage heraus, die hoffentlich von kurzer Dauer sein wird, nicht stattfinden.

* Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager des 18. N. R. ist bemüht, allen Kriegsgefangenen ihres Bezirks während der letzten Zeit ihres Hierseins alle möglichen Erleichterungen zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck sollen die Kriegsgefangenen größere persönliche Freiheit erhalten, z. B. Erlaubnis zum Spazierengehen usw. Bedauerliche Vorkommnisse bei den ersten Spaziergängen veranlassen uns, an alle Mitbürger die dringende Mahnung zu richten, den Kriegsgefangenen gegenüber ein würdiges Benehmen zu wahren und den Begleitmannschaften ihren Dienst zur Aufrechterhaltung der notwendigen Ordnung nicht zu erschweren. Bis auf weiteres ordnet die Inspektion der Kriegsgefangenenlager an, daß Spaziergänge im allgemeinen zulässig sind. Sie dürfen aber nur mit Erlaubnis der Inspektion und in Begleitung von Wachleuten stattfinden. Die Erlaubnis für die in Frankfurt und Umgebung befindlichen Kriegsgefangenen wird von der Inspektion der Kriegsgefangenenlager (Scharnhorststr. 50) erteilt. Die Genehmigung zur Spaziergängen für außerhalb Frankfurt am Main beschäftigte Kriegsgefangenen erteilen die zuständigen Kriegsgefangenenlager. Die Wachleute haben im Interesse des Schutzes der Kriegsgefangenen nach wie vor ihren Dienst zu versehen. Frankfurt a. M., 18. November 1918. Der Soldatenrat der Inspektion der Kriegsgefangenenlager.

* **Abna Grundzüge für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.** Der Übergang der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marineangehörigen aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelpflege der bürgerlichen Bevölkerung hat nach folgenden im Einvernehmen mit den militärischen Stellen festgesetzten Grundzügen zu erfolgen: 1. Die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt, wie bisher, durch die Militärbehörde. 2. Bei der Entlassung ist dem zu Entlassenden Verpflegung für drei Tage mitzugeben. 3. Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelpflege ihres neuen Wohnortes

aufgenommen sind, erhalten sie bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Zivilbehörden aufgrund ihrer Entlassungsbescheinigung die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder, soweit Massenpflegungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, diese Verpflegung aus diesen. Auf die Entlassungsbescheinigung (Soldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben werden. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in der Lebensmittelpflege ihrer Wohngebiete aufgenommen sein. 4. Personen, die eine Entlassungsbescheinigung nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen. Befindet sich eine solche nicht am Orte, so sind ihnen die zur Verpflegung erforderlichen Ausweise jeweils für ein bis zwei Tage zu geben, oder es ist durch Zuweisung zu Massenpflegungen usw. für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß sie sich auf dem schnellsten Wege bei der nächsten militärischen Verpflegungsstelle melden. Es empfiehlt sich, solchen Personen als Ausweis für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber auszuhandigen, wann, wo und für wie lange ihnen Verpflegung auszuhandigen oder Verpflegung gegeben worden sind. 5. Eine Verpflichtung zu unentgeltlicher Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt. 6. Den Kommunalverbänden wird auf Antrag für die durch diese Bestimmungen herbeigeführte Mehrbelastung Entschädigung gewährt. Entschädigung auf Entschädigung für die Verpflegung in Betracht kommenden Provinzial-, Landes- oder Reichsstelle unter Angabe der verpflegten Personen und Verpflegungstage zu stellen.

Kurz- — Entlassung aus dem Heere in die Heimat!

Böna Berlin, 15. November. Es können nicht alle Soldaten aus dem großen deutschen Heere und der Flotte auf einmal entlassen werden! Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden! Die Entlassung muß sich nach den Verhältnismöglichkeiten richten! Sie muß ordnungsgemäß vor sich gehen! Darum Geduld und Ruhe, bis jeder an der Reihe ist. Im Heimatheere ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1870 einschließlich angeordnet. Die jüngeren werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten z. B. Gefangenenerhaltung müssen warten bis sie ersetzt sind. Leute aus Elb-Bohringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Mündungsgebiet und aus den Bräckenbüschen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahrestlassen 1898 und 1899 angehören. Wer von seiner Formation aus irgend einem Grunde abgetrennt ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubsschein in seine Heimat oder um einen Fahrchein nach seinem Ersatztruppenteil. Wer mit Urlaub nach Hause fährt, steht zu Hause nach öffentlichen Anschlägen und Zeitungsnachrichten, aus denen er erfahren wird, wie er nachträglich zu seinen Entlassungspapieren und Marschgebühren kommt. Bis dahin dient ihm sein Urlaubsschein als Ausweis. Wer von seiner Ersatzformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsantrag. Göhre, Scheuch, Kriegsminister.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 18. November 1918.

Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird aus Rotterdam gemeldet: Am Freitag nachmittag überflog ein neues Personenbeförderungsschiff mit 40 Passagieren, größtenteils Journalisten, London. Das Fahrzeug erreichte eine Höhe von 600 Fuß. Es ist das größte auf der Welt und kann 70 Menschen mitführen.

Dem „Vorwärts“ zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in nächster Zeit jedoch kaum vor Ende des Monats zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Danach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Dazu wird ein Apparat von vielen Hundert Delegierten aufgestellt werden. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen muß gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen soll.

Der erste Teil der für die Internierung bestimmten deutschen Schiffe hat, wie die „Völkische Zeitung“ berichtet, gestern nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft. Wo die Schiffe weitere Befehle erwarten, in welchen Häfen sie interniert werden.

Die Alliierten in Mex.

Böna Mex, 18. November. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Vortruppen der Alliierten — Franzosen, Engländer und Amerikaner — in Autos sowie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

Die große demokratische Partei.

Berlin, 18. November. Wie wir hören, ist zwischen den seitenden Persönlichkeiten der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei, die über die Vereinigung der beiden liberalen Parteien beraten, eine Einigung in den wesentlichen Grundfragen erzielt worden. Gegenwärtig wird an der Feststellung des Programms gearbeitet.

Verschmelzung der konservativen Parteien.

Berlin, 18. November. Wie wir erfahren, haben am Samstag Einigungsversuche zwischen den Deutschkonservativen und den Freikonservativen stattgefunden, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß die beiden Parteien sich verschmelzen und in Zukunft gemeinsam auftreten werden. Die neu gebildete konservative Partei wird in den nächsten Tagen mit einem neuen Programm vor die Öffentlichkeit treten, das, wie wir hören, einen stark demokratischen Charakter entsprechend der veränderten Lage haben wird.

Buhtagfeier in Hamburg.

Hamburg, 17. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat am 16. d. Mts. beschlossen, den Buhtag (20. November) als öffentlichen Feiertag zu erklären. Es soll an diesem Tage eine große Feier für die Gefallenen der Revolution stattfinden.

Deutschland und Rußland.

Berlin, 18. November. Die deutsche Reichsleitung hat die Sowjetregierung dahin verständigt, daß eine Vertretung der letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

11. D. 171—18.

Im Namen des Königs!

In der Strafsache gegen: 1) die Ehefrau des Landwirts Christian Glalas, Lina geb. Roff in Auringen, 2) die Ehefrau des Landwirts Wilhelm Ruff, Karoline geb. Jekstadt in Auringen, 3) die Ehefrau des Landwirts Karl Umber, Pauline geb. Ruff in Auringen, wegen Mordanschlag, hat das Königlich Schöffengericht in Wiesbaden in der Sitzung vom 5. Juli 1918, an welcher teilgenommen haben: Amtsgerichtsrat Freiherr von Stein als Vorsitzender, Kaufmann Rumbrecht, Ober-Prokurator Schleich als Schöffen, Ammonswaldförster Bahl als Beamter der Staatsanwaltschaft, Berichtsführer Conrad als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Mordanschlag: die Angeklagte Glalas zu einer Geldstrafe von 100 — Einhundert Mark, die Angeklagte Umber zu einer Geldstrafe von 150 — Einhundertfünfzig Mark, die Angeklagte Ruff zu einer Geldstrafe von 200 — Zweihundert Mark,

helfweise für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Das Urteil ist auf Kosten der Angeklagten durch einmalige Veröffentlichung im Kassauischen Anzeiger und einmündigen Anhang am Gemeindevort in Auringen bekannt zu machen.

Amtsgericht, Abt. II.

Die angekauften Pferdeversteigerungen finden nicht statt.

Landwirtschaftskammer f. d. Reg.-Bezirk Wiesbaden.